

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Hah,  
S. W. Corner Third and  
coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 3ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen; im Kgr. Sachsen  
u. Herzgth. Sachl.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 5 1/2 Sgr.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volkerversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 1/2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 149.

Mittwoch, 23. Dezember.

1874.

## Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar beginnt ein neues Quartal und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 16 Sgr. (56 Kr. rh.) pro Quartal, 5 1/2 Sgr. (18 1/2 Kr. rh.) pro Monat für ganz Deutschland.

Alle deutsche Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

- für Deutschland 1 Thlr. 5 Sgr. (2 fl. 3 kr. rh.);
- für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 1 Thlr. 10 Sgr. (5 Fres.);
- für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 1 Thlr. 20 Sgr. (6 1/2 Fres.);
- für Spanien und für Amerika 2 Thlr.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Bringerlohn) auf 17 1/2 Sgr. pro Quartal und 6 Sgr. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition dieses Blattes, Zeigerstraße 44, und bei Colporteur Müller.

- die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Reuschönfeld, u. c. bei Frau Friedrich, Acker Nr. 5, für Connewitz u. bei Teubert, Bernaische Straße 19, für Altschöcher und Umgegend bei Heilischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg und Reudnitz bei Zschau, für Blagwitz und Lindenau bei Herrn Schuster, Merseburgerstr. 26, für Gohlis u. bei D. Penkert, Hauptstr. 19, für Stötteritz bei Fr. Vogenitz, Hauptstr. 38.
- Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für den 1/2 Sgr. frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Marianenstr. 4, 3 Tr. — Rubenow, Brunnentstraße 34 in Koblenz; Meyner, Elisabethstr. 1; Vogel, Prinzenstr. 61.
- in Altd. Schuster, Blumenstr. 36b, 4 Tr.

Den „Volksstaat“-Abonnenten und Filial-Expeditionen zur Nachricht, daß mit Ablauf dieses Monats die Abonnements-Verträge für das laufende Quartal beglichen sein müssen, und werden die Restanten hierdurch zur schleunigen Erfüllung ihrer Pflicht aufgefordert. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß das Abonnement für das erste Quartal 1875 rechtzeitig erneuert zu werden.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

## Ein Sturm im Glas Wasser

Der richtiger in einer Sumpfschlange. Wie unseren Lesern bekannt, schwebte über dem Haupt des ultramontanen Reichstagsabgeordneten Rajunkle seit Beginn der Session ein Haftbefehl, und zwar zum Zweck der Verhütung einer rechtskräftig gewordenen Gefängnisstrafe von einem Jahr. Die Behörden hatten anfänglich Bedenken, sie thäten dem Reichstags die unverdiente Ehre an, einen Conflikt zu befechtigen. Die schmeichelhafte Illusion sollte bald verschwinden. Das Verhalten des Reichstags am 21. November gegenüber dem Antrag auf Verurteilung der gefangenen Abgeordneten gab die gewünschte Rechtsgrundlage für die Verhaftung, und das Bravo der Reichstagsmajorität am 4. Dezember, als Bismarck die Parajunkle's mit dem Buchhändler Kullmann identifierte, entfernte die letzten Strümpel. Einige Tage darauf wurde Parajunkle verhaftet. Jetzt beginnt die Komödie. Der Reichstag, der thatsächlich den Haftbefehl sanktioniert hatte, erhebt „alle Parteien“ treten zu gemeinsamem Vorgehen zusammen; ein förmlicher Anlauf, fünfständige Debatte am vorigen Donnerstag. Resultat: der freisinnige Berg gebärt die Resolution Hoyerbed.

Der Reichstag wolle erklären: behufs Aufrechterhaltung der Würde (?) des Reichstags ist es notwendig, im Wege der Deklaration, resp. Abänderung der Verfassung des deutschen Reichs die Möglichkeit anzuschließen, daß ein Mitglied des Reichstags während der Dauer der Reichstagsperiode verhaftet werde.

Zweiter Akt der Comödie. Fürst Bismarck erklärt, seine Entschlossenheit einreichen zu wollen. Ob Scherz oder Ernst — ein Behauptung, daß der Mann recht krank, was das einzige nicht-komische Wort der Sache. Lassen wir nun unseren Berliner Correspondenten folgen:

Berlin, den 17. Dezember 1874.

Fürst Bismarck hat die Annahme des Hoyerbed'schen Antrags zum Anlaß ergriffen, seine Demission einzureichen. Nur zweierlei Erwägungen giebt es für diesen Schritt. Entweder Fürst Bismarck, sei es aus politischen, sei es aus gesundheitlichen Gründen eine Stellung unhaltbar gefunden. Oder die Demission ist nur eine Drohung, eine Pression zur Erreichung eines bestimmten Zweckes. Das Erstere ist nicht ganz unwahrscheinlich, wenn man an die krankhafte Erregtheit denkt, welche der Reichskanzler am 4. Dezember ausgesprochen hat. Falls es sich aber bloss um einen Druck handelt, auf wen soll der Druck ausgeübt werden? Auf diesen oder jenen Reichstag gewiß nicht — in der Militärfrage, wo

die anfängliche Reichstags-Majorität deshalb gefährlich werden konnte, weil sie die ungeheure Majorität des Volks hinter sich hatte, war es anders. Jetzt ist im Reichstag keine ernstliche Opposition zu befürchten. Abgesehen davon, daß der Hoyerbed'sche Antrag höchst harmloser Natur ist, würde die kleine Majorität zu Gunsten desselben keine Schme vor der Frühlingssonne zerstreuen, wenn Fürst Bismarck an seinem nächsten Kneip-Abend bei einem neuen angelegten Maß Kulmbacher den freundlichen Bierwirth spielt. Die Adresse, an welche der „Casar auf dem Ministerstisch“ sich richtet, möchte in höheren Regionen gesucht werden — vermuthlich ein Nachspiel des Arnimprozesses. Doch genug für heute. Zum Todtlaichen ist die Verfüzung der Nationalliberalen — Lasker läßt das gedankenschwere Haupt noch tiefsinziger hängen als gewöhnlich, und seine Collegen kücken ihn vorwärtsvoll an: „Was hast Du, mein armes Kind, gethan?“ Eine neue Bageneriade. Ja, hätte er gestern nicht den Fanatismus der „Unparteilichkeit“ gehabt und den Politiker hinter dem Juristen versteckt — das Resultat der Abstimmung wäre vielleicht ein anderes gewesen, und der „Aft, auf dem wir sitzen“, drohte nicht niederzufallen. „Morgen früh ist Ministerrath, um über die Frage der Auflösung zu beraten“, wimmern die entsetzten Reichsboten. Majanke aber wird sich ins Häutchen lachen — seine letzte Prophezeiung hat sich komisch erfüllt: Qui mange du pape en meurt? wer den Majanke einsetzt, bekommt Bauchgrimmen.

In derselben Angelegenheit schreibt man uns weiter: Der bei Schluß der heutigen (17. Dez.) Tages Sitzung (die mit definitiver Annahme der von Hoyerbed eingebrachten Resolution begonnen hatte) verlaubte Rücktritt des Reichskanzlers v. Bismarck soll heute Mittag 4 Uhr erfolgt sein und hört man, daß im Laufe des morgigen Vormittags Ministerrath betreffs Auflösung des Reichstags stattfinden soll.

Das bescheidene Verlangen des Reichstags nach einem Gesetz, wonach während der Dauer der Session kein Mitglied des Hauses, ohne des letzteren Zustimmung verhaftet werden können solle, hat den „Casar auf dem Ministerstuhl“ (um mit Windthorst zu reden), scheint es, so aus dem Concepte gebracht, daß er so nicht mehr mitthun will. Hat der Herr Lasker wohl geglaubt, daß ihn der Beifall Windthorst's so theuer zu stehen kommen und daß seine Rückzugrede ihn und die Seinigen auf die Klippe v. Hoyerbed treiben werde? — Das Centrum kann im Fall der Auflösung anrufen: „O Majanke, warum hast Du uns das gethan?“ — Denn als es die Freilassung unserer Leute galt, konnte man sich leichtsinnig der Herren, wie seitens der Liberalen, zu einer solchen Höhe nicht erheben. — Eine schönere Gelegenheit, die Nachstellung und Bedeutung des Reichstages, mit dem richtigen Commentar zu begleiten, konnte sich kaum bieten. Herr v. Bismarck will nun einmal über die Leiber und Geister zu jeglicher Zeit verfügen können. — Wer mag ihm verargen? — Herr Mikulowitsch meint zwar im Augenblick, wo wir schreiben, daß in Deutschland gegenwärtig das System der Mehrheit in der Volksovertretung gilt. — Es gilt, — aber was gilt es? — Sagen wir nichts und — warten wir ab!

Berlin, den 18. Dezember.

Bei Berathung der „Dispositionen der Presse“ (Hälfteposition zum Reptilienfonds) fies answärtige Amt, leitete heute Windthorst die Debatte mit einer kurzen Beleuchtung der satfam bekannten eigenartigen Einrichtung ein, ohne die entschiedene Schneidigkeit, die ihm sonst zu eigen ist, bei dem so dankbaren Stoffe anzustrengen. Neben einer Art Beleidigungsadresse an die Nationalliberalen und ihren heute natürlich abwesenden guten Genius, brachte der Redner nichts Entsetztes noch Wichtiges von weiterer Bedeutung hervor, er schien selbst so dünn gestimmt zu sein, wie das Centrum besetzt war und so empfahl er denn die neueste Auflage der Wuttke'schen Schrift, „die deutsche Zeitgeschichte“ und speziell die Kapitel, welche die offizielle Presse behandeln, allseitiger Kenntnisnahme. Sein Antrag, die Position im Etat zu streichen, führte seinen alten Gegner Herrn v. Benningsen aus sicherem Hinterhalt. Es ist ein schöner Gedanke, einen alten Helden des nationalen Liberalismus den Reptilienfond retten zu sehen! — Seine erhabeneren Gedanken gipfeln in den Worten: „Derartige Fonds sind für jede Regierung nothwendig“; die Politik Bismarck, zu deren Förderung die Fonds dienen, ist die Politik der Nichteinmischung und des Friedens! — Der Herr v. Benningsen verkündet die Farben seines Ritters v. Bismarck, des Friedensgenies, aber mit gedämpfter Stimme läßt er, wie damals beim Militärgesetz sein Dittysuch an den Kriegsminister, so heute mit Triumphgefühlen den Liberalen die Worte zugleiten: „Der Antrag Windthorst bietet Gelegenheit zu einem Vertrauensvotum“ — für wen? — sagt die Expedition der Schmerzensbrüder, — Herr v. Benningsen. Halb offen, halb geheimnißvoll durchriefels den heute dünngeführten Fortschritt. Die Siege von gestern und vorgestern haben ihn so gewaltig angestrengt. Doch lachte, lachte, erwarten wir nur erst die Abstimmung. Unter stürmischen Bravos verschwindet Herr v. Benningsen in der Versenkung, das Centrum murret wie dumpfes Windgebrüll! Aus seinem Versteck eilt hervor der tapfere Schlusstragist Balentin, dessen Amt, wie verlaubt, ihm erblich zugesprochen werden soll. Der Schluß ist angenommen, dem bösen Windthorst der Mund zugenebelt; der stark besetzte Regierungstisch ergeht sich in süßbelegtem Kopfnicken. — Ja, — die Gelegenheit ist günstig, — wir kommen mit Hilfe des Herrn v. Kardorff zur namenslichen Abstimmung und beginnen mit dem Vorschlag „S.“ — Wir lauschen gespannt auf die Namen des Fortschritt und der

nationalen Moralpolitiker: Tätteräth! Herr Hähnel, der dritte Präsident eröffnet den Reigen für den Fortschritt mit einem modalirten „Ja“, für den Reptilienfond, ihm folgt der gebeuzte College und Sieger v. Hoyerbed, sein „Ja“ tritt aus gepreßtem Herzen und er selbst scheint unter der Wirkung seiner „Rücktrittsresolution“ nicht wenig zu leiden. Ihm folgen die „Ja's“ der tapferen Sachsen v. Rönneritz, Dr. Schwarze, Dr. Siephant, Aldermann, Eysoldt und Dr. Georgi; voran Herr Dr. Lasker, kommen sodann die südlichen Nationalen und Reichsgetreuen Lang-Urach, Kömer-Ulm, v. Samwey-Göppingen, Meyer-Heilbronn, v. Barnbübler-Cannstadt, Friedrich-Pforzheim, sowie der grimme Schwabe Gampy-Kentlingen.

Dem Fortschritt vermiffen wir mit Schmerzen den edlen Ritter Eugen Richter, der heute nicht gegen das Preßbelagar rücken will; von den Seinigen stimmen mit „Ja“: Herr Wigger und der alte Firmaträger der Fortschrittsanträge Herr Ausfeld, während der alte Ziegler neben unserm Dr. Heine nicht zu erkennen fiad. Die Abstimmung ergibt 199 Ja und 71 Nein und erst nach ergangener Kunde, finden sich einige Verlorene im Hause wieder ein, so auch Herr Heine. Der Reptilienfond ist gerettet und eine Stunde später, wo wir dies jetzt schreiben, erscheint der Bundeskanzler in großer Uniform und mit ordensschwerer Brust, mit sammt dem Kriegsminister. Was er wohl bringen wird? — Krieg oder Frieden!? — Nun, vertrauen wir Herren v. Benningsen, der ja Herrn Bismarck den Mann des Friedens nannte.

Ein anderer Correspondent schreibt unter demselben Datum: Am den zürnenden Achilles aus seinem Zelt hervorzutreten, wurde für heute Morgen ein improvisirtes Vertrauensvotum angeordnet und von dem für solche Gelegenheiten angestellten parlamentarischen Dienstmann Benningsen auch richtig inszenirt und von der Majorität pflichtschuldig apportirt. Die Gelegenheit war glücklich gewählt: das muß man gestehen. Es handelte sich um den — Reptilienfonds. Bismarck das ist der Reptilienfonds! Geben wir dem Reptilienfonds ein Vertrauensvotum, und wir geben Bismarck ein Vertrauensvotum. Und hoch der Reptilienfonds! lautete das Feldgeschrei in der denkwürdigen Reichstags-sitzung des 18. Dezember. Namensliche Abstimmung! damit Bismarck seine tapferen Reptilienfondskämpfer auch kennt. Mit 199 Ja wurde begonnen. „Baron von Hoyerbed!“ Alles blickt auf den gewaltigen Fortschrittslöwen, welcher zerklüftet dastht, gebeugt von der Wucht des Bemüßens, durch seinen Antrag die Suppe eingebrockt zu haben. Ein dumpfes Ja! entringt sich der gepreßten Hochbrust des Mustergesinnungstredens. Ja! Hoyerbed für den Reptilienfonds! Erleichtert athmet Lasker auf, und als die Reihe an ihn kommt, hüpfet er elastisch vom Sessel auf, wie ein Schulbäcker, das die Aufgabe gut gelernt, und schmettert ein lustiges Ja! in die Welt. Und Ja! Ja! Ja! Rönneritz, Pacius, Stephan, Schwarze, Wiggers, Ausfeld, Georgi, Dander Eysoldt — Fortschrittler, Nationalliberale, Conservative — alles vereint sich brüderlich, begeistert unter der Fahne des Reptilienfonds! Richter, der Reptilienstödter, hat sich vorsichtig gedrückt; ebenso Ziegler, einst Devolet und Steuerberweigerer, jetzt Bismarck'scher Reichstagspaßvogel. Auch Dr. Heine, unser Fortschritt-Heine vom 13. Wahlbezirk ist spurlos verschwunden, so lange die Abstimmung dauert, findet sich aber unmittelbar nach derselben ohne jedwede Beschädigung wieder ein.

Große Majorität für den Reptilienfonds! Hurrah!  
Ob Bismarck nun halbvoll aus seinem Zelt hervortreten und die ins Korn geworfene Flinte wieder aufschmen wird unter dem glorreichen Rufe: Hoch Bismarck! Hoch der Reptilienvater! Hoch der Reptilienhaher!??  
Wenn aber der Cadaver der Fortschrittspartei einst begraben wird, dann darf auf dem Denkstein die Inschrift nicht fehlen: Aeneas son pittore! Auch ich war für den Reptilienfonds!

So unsere Correspondenten.  
Der „Sturm“ ist vorüber, und freundlich lächelt der Reptilien-gott herab auf die spiegelglatte Sumpfschlange.  
Und wozu diese dreitägige Haupt- und Staatsaktion? Die Herren Giesch, Offowski und Reich konnten den Grafen Arnim, dem Tessendorff-Bismarck zwei und ein halb jähriges Gefängniß zugesacht hatte, beim besten Willen nicht schuldig finden, und da eine formelle Freisprechung politisch unmöglich, doch keine höhere Strafe als 3 Monate, wovon noch 1 Monat für die Untersuchungshaft abgeht, verhängen — was thatsächliche Freisprechung bedeutet.  
Und darum die Demission des Reichskanzlers (dem irgend ein Bögelchen das Urtheil 36 Stunden voraus verkündet haben mag) und das Reptilienfondsvertrauensvotum.  
So wird heutzutage die Welt regiert.

## Politische Uebersicht.

„Kulturkampf und Parlamentarismus“. Vor wenigen Monaten hat die Kirchmann'sche Schrift \*) „über parlamentarische Debatten“ großes Aergerniß bei den Nationalliberalen hervorgerufen, weil der Verfasser, von dem richtigen Grundsatz ausgehend, daß es kein absolutes Recht und keine absolute Moral gebe, sondern daß „die Sittlichkeit und ebenso das Recht eines Landes

\*) Die Schrift des geistig bedeutendsten Mitglieds der preussischen Fortschrittspartei ist so wichtig, daß wir gelegentlich auf dieselbe zurückkommen werden. Sind auch die Anschauungen und Vorschläge nicht absolut neu, so verleiht es ihnen doch doppelte Autorität, daß sie von einem Mann ausgehen, der ein Menschenalter parlamentarischer Erfahrungen und Erfolge hinter sich hat. R. v. B.

\*) Eigentlich. Wer vom Pakt ist, sieht davon.

ebenfalls das aus der Natur, den Trieben und Bedürfnissen seiner Bewohner hervorgehende Erzeugnis sei, wie seine Pflanzen und Thiere das Erzeugnis der Naturkräfte des Landes sind" (S. 47). — diesen Satz auch auf die deutsche Anti-Skizzen-Gesetzgebung anwandte, die er nicht für ein „ethisches“ Meisterstück, sondern für einen von der zufällig jetzt herrschenden Macht bezugenen, und zwar unklugen Akt hält. Hauptsächlich scheint die national-liberalen Marktschreier ein Enthüllung verdrossen zu haben, die Kirchmann auf Seite 39 macht und die uns noch in keiner Zeitung zu Gesicht gekommen ist: „Die Regierung darf sich in dieser Beziehung (nämlich der Kirchengesetze) auch nicht mit dem Beispiel trösten, der ihr aus andern protestantischen Ländern, wie England, zuzuführen wird. Ich hatte Gelegenheit, den Brief eines angesehenen und unparteiischen Mannes in London an ein Mitglied des deutschen Reichstags einzusehen, in welchem die beiden in London abgehaltenen Meetings mit ihren Zustimmungadressen für Hamburg erklärt wurden, und von den Teilnehmern derselben gesagt wurde: „they were but old women of both sexes“ „es waren nur alte Weiber beiderlei Geschlechts.“ —

Ueber die verhältnismäßige Unfruchtbarkeit der parlamentarischen Debatten sagt Kirchmann unstreitig sehr viel Wahres; es verlohnt sich auch, in Erwägung zu ziehen, was er zur Abhilfe des Übels vorschlägt. Er meint — Seite 20 —: „Das Radikal-mittel werde darin liegen, daß man die Diskussion nur in die Fraktionen verlege, im Plenum des Hauses aber nicht debattiere, sondern bloß abstimmte.“ Ein solcher Vorschlag erscheint allerdings auf den ersten Blick paradox und schon als ein Widerspruch mit dem Namen des Parlaments, allein wenn man auf das zurückgeht, was ich früher über das geringe Interesse an den Debatten und über die gänzliche Bedeutungslosigkeit derselben für die Abstimmung und Gestaltung der Gesetze gesagt habe, so erblickt, daß mit diesem Vorschlage nur das Nutzlose und Störende in dem bisherigen Verfahren beseitigt, das Wesentliche dagegen und wirklich Bedeutende unverändert erhalten wird. So bliebe jeder Fraktion unbenommen, wie dies schon jetzt der Fall, sich mit andern Fraktionen über ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen oder deren abweichende Ansichten sich mitteilen zu lassen. Ferner wird jede Fraktion befugt sein, eine Begründung ihrer Ansicht, in der Art, wie dies von Seiten der Regierung in den Motiven zu ihren Gesetzentwürfen geschieht, schriftlich von einem aus ihrer Mitte zu erwählenden Berichterstatter ansarbeiten und dem Präsidenten einreichen zu lassen, welcher dies gleich den Gesetzentwürfen drucken zu lassen und allen Mitgliedern, sowie der Regierung mitzutheilen hätte. In diesen Berichten müßten auch die Amendements, welche die Fraktionen einbringen wollten, formuliert und begründet werden. Die Abstimmung würde im Plenum ganz nach der bisherigen Form erfolgen. Auch die Minister und der Commissäre dürften im Plenum nicht das Wort nehmen, dagegen bliebe ihnen dies in den Commissionen unbenommen, in deren Bestellung und Geschäftsgänge nichts geändert zu werden brauchte; nur müßten deren Berichte immer schriftlich erstattet werden. — Es bliebe den Fraktionen auch unbenommen, eine nochmalige Begründung ihrer Ansichten und eine Widerlegung der gegnerischen zum Druck und zur Verteilung vor der letzten Beratung gelangen zu lassen, und dasselbe Recht hätte die Regierung. In die stenographischen Berichte über die Sitzungen kämen nur diese Begründungen, mit ihren Amendements und die Abstimmungen und Beschlüsse des Plenum. Indem auch die Zeitungen gleichzeitig mit den Mitgliedern diese Begründungen erhielten, hätten sie volle Gelegenheit, einen für ihr Publikum geeigneten Bericht über die Abstimmungen und die Motivierung der Anträge der verschiedenen Fraktionen zu verfassen und damit würde das Publikum eine vielleicht weniger amüsante, aber sicherlich befriedigendere Nachricht über die Tätigkeit seiner Vertreter und über die Bedeutung und Motive der beschlossenen Gesetze erhalten, als es in der bisherigen Weise geschieht. Auch für die Budgetberatungen wäre dieses Verfahren anwendbar, namentlich wenn eine Commissionsberatung derselben voranzugehen, von deren Notwendigkeit man ja ohnedem sich mehr und mehr überzeugt. Dasselbe gilt für die Petitionen, bei denen in der bisherigen Eile durch die Petitionscommission auch nichts (?) geändert zu werden brauchte. (???) Nur bei Interpellationen könnte vielleicht das bisherige Verfahren im Plenum bestehen bleiben. —

Man sieht an diesen zum Theil sehr scharf durchdachten Bemerkungen, daß die Nationalliberalen durchaus keinen Grund hatten, auf diese Arbeit als die eines „unpraktischen Philosophen“ lächelnd herabzusehen. Die Kirchmann'schen Vorschläge sind theilweis eminent praktisch und werden früher oder später doch durchgeführt werden müssen.

— Aus Königsberg i. Pr. berichtet man:

Am 8. Dezember waren es 25 Jahre, daß Johann Jacoby vom Schwurgericht von der Anklage des Hochverraths freigesprochen wurde. Der Hochverrath sollte darin bestehen, daß Jacoby, nachdem das deutsche Parlament in Frankfurt gesprengt war, an den von der Linken fortgesetzten Beratungen in Stuttgart Theilnahm. Johann Jacoby befand sich in der Schweiz, als er Kunde von der gegen ihn erhobenen Anklage erhielt. Er verließ sein Asyl und stellte sich dem Königsberger Gerichte. Es handelte sich um Tod und Leben. Wurde er verurtheilt, so bestimmte das Gesetz, daß der Hochverräter auf einer Kuhhaut zum Richtplatz geschleift und von unten auf gerädert wurde. Jacoby's Richter waren seine Gegner; sorgfältig hatte man aus den Geschwornenlisten eben nur mäßig roth Angehauchten gestrichen. Der freche Terrorismus der „Preußenvenerer“, unter Leitung des Zuchthausleiters Lindenberg, dem sich die höchsten Beamtenkreise beugten, herrschte in Königsberg. Die Geschworenen erhielten Drohbriefe, welche die Verurteilung Jacoby's verlangten. Die ernste, männliche Haltung Jacoby's vor den Geschworenen erweckte selbst die Ehrfurcht dieser seiner Gegner. Seine Freisprechung erfolgte und der Jabel, den sie erregte, läßt sich kaum schildern.

Am 8. Dezember d. J. wurde Jacoby von vielen alten und neuen Freunden begrüßt. Die liberalen und fortschrittlichen Blätter haben fast allgemein den Bericht über den Festtag gefächelt; sie, die längst von der Demokratie Abgefallenen, möchten sich nicht gern mit dem Namen Jacoby's schmücken. Unter den Freunden,

\*) Der Verfasser hatte nämlich vorher geltend gemacht, daß die einzelnen Fraktionen ja so wie so bereits mit festen Ansichten über das zu verhandelnde Thema in den Saal treten, indem sie sich in ihren Klubs allemal vorher über die Vorlagen beraten; dadurch werde die Diskussion im Plenum überflüssig, denn kein Parteimann werde in einer Prinzipienfrage durch einen Gegner mittels einer mehrstündigen Diskussion eines Anderen bekehrt; die parlamentarische Diskussion sei also ein bloßes Schaugebränge, das unüberwiegend viel Geld und Zeit koste; der einzige Nutzen — daß das Land Kenntnis von den gehaltenen Reden erhalte — ginge auch dadurch nicht verloren, daß die Fraktionen selber ihre Ausarbeitungen den Zeitungen zukommen ließen.

welche Jacoby begrüßten, fanden sich seine alten persönlichen Freunde ein, die radikaleren Führer der Fortschrittspartei, Reitenbach-Pilken, überbrachte die Grüße des Gumbinner Handwerkervereins, Max Herbig war Namens der Königsberger Sozialdemokraten erschienen. Eine kurze Ansprache des Dr. Rosenstock erwiderte Jacoby mit folgenden Worten, die deutlich zeigen, wie Jacoby zur Arbeiterpartei steht. Alle auswärtigen fortschrittlichen Blätter haben die Worte fortgelassen, welche sich auf die Arbeiterbewegung bezogen. Jacoby sagte:

„Ich danke Ihnen, meine Herren, für die Ehre Ihres Besuches und die herzlich theilnehmenden Worte, die Sie an mich gerichtet haben.“

Es ist eine allgemeine Annahme, daß im Alter das Gedächtniß des Menschen schwächer werde und in gleichem Maße die Empfänglichkeit für äußere Eindrücke sich abstumpfe. Ist dem so, dann muß es als eine besondere Günst des Schicksals preisen, daß bei mir, der ich bereits die Schwelle des siebenzigsten Lebensjahres überschritten, beide Eigenschaften — das Gedächtniß für Vergangenes, wie die rege Empfänglichkeit für die Gegenwart — nach wie vor ungeschwächt und unverändert geblieben sind.

Wenn ich auf die von mir durchmessene Bahn zurückblicke, sind es vornehmlich zwei innere Erfahrungen, auf welche ich vor allen andern Werth lege und die in jeder Lage des Lebens mir Trost und Befriedigung gewährt haben. Vielleicht steht es im engen Zusammenhange mit jenen erstgenannten beiden Eigenschaften, daß ich einmal den Freiheits-Idealen meiner Jugend unwandelbar treu geblieben trotz allem Wechsel der Dinge, und daß zweitens die Freude, mit der ich in den vierziger Jahren das erste Emporstreben des Arbeiterstandes begrüßte, seitdem nicht nur in meinem Herzen fortlebt, sondern sich von Jahr zu Jahr mit dem Wachsen der Arbeiterbewegung gesteigert hat.

Sie Alle, meine Herren, kennen die Ereignisse der letzten zehn Jahre und die dadurch bewirkten wunderbaren Wandlungen der Menschheit. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie schwerlich es mir war, mich trennen zu müssen von Freunden, die jahrelang mit mir zusammen den gemeinsamen Feind tapfer bekämpft hatten und nun auf einmal — vom Nachtschwindel erfaßt — das Banner der Freiheit bei Seite stellten, um anderen Zielen nachzujagen. Eins gab mir damals Trost und giebt ihn mir heute: der Hinblick auf den gesunden festen Sinn, auf das unerwartete, sich täglich mehrende und klärende Selbstbewußtsein des Arbeiterstandes; es ist mir eine sichere Bürgschaft dafür, daß jene Freiheits-Ideale meiner Jugend nicht ewig Ideale bleiben, daß sie — trotz aller Hindernisse und Hemmungen — zur schönen Wirklichkeit heranzureifen werden.

In diesen Tagen kam mir der vor Kurzem erschienene Nachlaß des Philosophen Ludwig Feuerbach in die Hände. Feuerbach, einer der klarsten Denker unserer Zeit, ein Freiheitskämpfer ohne Furcht und Tadel, ein echter warmer Freund des arbeitenden Volks, schreibt am 11. April 1868 — also zwei Jahre nach dem deutschen Bürgerkrieg — an einen jungen Freund in Amerika, Friedrich Kapp, zur Zeit nationalliberales Mitglied des Berliner Reichstags:

„Ihr Amerikaner seht freilich unsere deutschen Verhältnisse — schon vermöge Eures sinnlichen, räumlichen Standpunktes, der von größerem Einfluß ist als man gewöhnlich denkt, — mit anderen Augen an als wir Irländer. Ihr habt vor Euren Augen nur den Rock; der Rock — namentlich wenn er eine Uniform — imponirt nach Augen. Aber uns liegt das Hemd näher als der Rock, und wir stecken lieber! noch immer in dem alten, schmutzigen zerrissenen, die Haut schneidenden Kasernenhemde.“

Meine Freunde! — besonders an die Jüngern unter Ihnen richte ich die Mahnung — beherzigen Sie das Wort Feuerbach's: „Das Hemd liegt uns näher als der Rock!“ Was hilft einem Helle all äußerer Glanz, alle Macht und Größe, Ruhm und Herrlichkeit, wenn es Schaden nimmt an seiner Seele, an der Freiheit?! Und so, meine Freunde, lassen Sie uns heut', — an dem Tage, an welchem ich vor 25 Jahren durch das Urtheil meiner Mitbürger freigesprochen wurde, — auch unserm deutschen Vaterlande Heil und Segen, d. h. die Freiheit wünschen: Das ganze in Freiheit geeinte Deutschland lebe hoch!“

Bei der übrigens von zwei Polizeibeamten überwachten Abend-Verammlung der Freunde Jacoby's brachte der Maurermeister Schmidt (1848 tgl. preussischer Referendarius, sodann Maurer-lehrling) ein Hoch auf Jacoby aus, das derselbe mit folgenden Worten erwiderte:

„Ich danke meinem lieben Freunde Schmidt für seine herzliche Ansprache und Ihnen allen, meine Herren, für die freundliche Theilnahme, die Sie mir bewiesen.“

Die Aelteren unter Ihnen gedenken mit freudigem Hochgefühl des gesunden, regen politischen Lebens der vierziger Jahre; den Jüngern aber rufe ich zu: beneidet uns nicht dieser schönen Erinnerungen wegen, auch Ihr werdet einst — des könnt Ihr sicher sein — ähnliche und wohl noch schönere Tage erleben!

Mit der Gedankensaat — glücklicherweise — verhält es sich anders als mit dem Saat Korn, das der Landmann der Erde anvertraut. Letzteres kann verderben, ein Hagelschlag die Erntehoffnung zerstören. Der Gedanke aber — und wäre auch nur ein Fünkchen Wahrheit in ihm — einmal erwacht im Volksbewußtsein, kann nun und nimmermehr untergehen. So auch die Freiheitsgedanken der vierziger Jahre! Für den Augenblick freilich haben sie einer anderen Thätigkeit weichen müssen; die Thätigkeit der Kanonengeheererei ist an der Tagesordnung. Aber jene Freiheitsgedanken, wenn auch für den Augenblick unter die Schwelle des Volksbewußtseins gesunken, über kurz oder lang werden sie auf's Neue aufsteigen und immer wieder austauschen, bis sie im Leben endlich ihre Verwirklichung gefunden.

Meine Herren! da ich nun einmal als unverbesserlicher Idealist verschrien bin, müssen Sie mir es schon zu Gute halten, wenn ich Ihre freundlichen Lebehochs mit einem Zukunfts-Loaste erwidere: Die Freiheitskämpfer der Zukunft, sie leben hoch!“

Ben Jacoby unter den Freiheitskämpfern der Zukunft versteht, darüber ist nach der vorigen Rede des Mannes wohl kein Zweifel möglich.

— Die Aussperrung der Braunschweiger Cigarrenarbeiter und Wickelmacherinnen dauert immer noch fort, und beträgt die Zahl der Aussperrten insgesamt 600. Zwar thut der deutsche Tabakarbeiterverein sein Möglichstes, die Aussperrten zu unterstützen, nichts desto weniger ist es Pflicht der deutschen Arbeiter, ihren von den trotzigigen Fabrikanten hart bedrängten Brüdern theilhaftig zur Seite zu stehen. Etwaige Unterstützungen sind zu senden an Louis Färber, Wendenstraße 45 in Braunschweig.

— Die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten beabsichtigen nachstehenden Antrag einzubringen:

„Der Reichstag wolle beschließen:  
Alle gesetzlichen Bestimmungen, welche das freie Berufungsrecht der Bergarbeiter über die Knappschaftskasse beschränken, sind aufgehoben. Die bestehenden Knappschaftskassen sind, vorbehaltlich der rechtlichen Ansprüche der Unterstützungsberechtigten, nach Rückzahlung des von den Grubenbesitzern eingezahlten Antheils, den besteuernden Arbeitern über Verwaltung zu geben.“

Ferner gedenken die sozialdemokratischen Abgeordneten einen Antrag auf Abschaffung der Kinderarbeit einzubringen. Sind sich für beide Anträge die nöthige Unterschriftenzahl finden werden, ist freilich noch nicht mit Bestimmtheit zu sagen.

— Die Gefängnißfrage wird nach den Ferien im Reichstagsange zur Sprache kommen, auch wenn die Most'sche Petition von der Kommission zu den Alten gelegt werden sollte. Der Abgeordnete Zellkamp hat folgenden, von Abgeordneten aller Parteien unterstützten Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler aufzufordern, in Gemäßheit des Artikels 4 Nr. 13 der Reichsverfassung, den Entwurf eines Gefängnißgesetzes, dessen die zu regelnde Strafvollstreckung und die Reform des Gefängnißwesens, dem Reichstage baldmöglichst vorlegen zu lassen.“

— Erfreuliches Zeichen der Zeit. Aus einer Univesitätsstadt, deren Namen wir vorläufig verschweigen wollen, schreibt man uns: Die sozialistische Propaganda unter den hiesigen Studirenden fängt an, eine recht rege und fruchtbare zu werden. Wir haben hier schon eine ansehnliche Zahl eifrige Parteianhänger unter ihnen und wenn sich diese Leute selbstständig treiben sie doch die Agitation erfolgreich weiter. Diese Agitation hauptsächlich im Circulirenlassen sozialistischer Broschüren, was gerade in jenen Kreisen bewährt, denen der Besuch sozialistischer Volksversammlungen, überhaupt jede Theilnahme an politischer Agitation, wenn auch nicht offiziell verboten, doch aber von bedeutendem persönlichem Nachtheile sein könnte, weshalb es sehr wünschenswert wäre, wenn man auch auf den übrigen Universtitäten diese Weise unter den Studirenden werden würde. Der Erfolg wird ganz sicher ein erfreulicher sein. Hängt es doch selbst in Köpfen unserer hiesigen Professoren an zu tagen! So wissen wir von einem, daß er nicht mehr sehr weit hat, um auf sozialistischem Boden zu stehen, ein gewiß erfreuliches Zeichen in einer Zeit, man so gern über den „Rückgang“ der Sozialdemokratie jubelt.

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

„An die Redaktion des „Volksstaat“!  
Newark, N. J., 28. Nov. 1874.“

Soeben erst erhalte ich die Nummer der „Concordia“ mit Herausforderung eines Ungenannten zum wissenschaftlichen Kampf betreffs meines „ABC des Wissens“ etc. Ich nehme selbe an, ich willige auch in die gestellten drei Bedingungen, ich würde noch ungünstigere annehmen, um einen erwählteren Kämpfer der im ABC enthaltenen Aufstellungen zu finden. Billig aber ist es, daß ich mich als angreifenden Theil betrachte, obwohl ich nicht meinen Gegner, sondern bloß Ansichten greife, welche er mit Anderen theilt; während er doch der greifere ist, da er selbstverständliche Wahrheiten, welche ich nicht, bekämpft; unbillig ist es daher, daß ich in dem „Volksstaat“ bloß einen Schlag führen soll, er aber zwei. Denn die mir stattete „kurze Wiederholung meines Widerspruchs beim Abdruck der Duplit“ will um so weniger bedeuten, als ich den Raum „Volksstaat“ durch einen vollständigen Abdruck der letzten nersischen Erwiderung sehr ungenügend zu stark beanspruchen muß. Aber es sei darum, wenn die Redaktion des „Volksstaat“ in Bedingungen willigt, wie ich nicht zweifle. (Sehr gern. N. d.)

Zu Voraus aber muß ich bemerken, daß der Gegner den meines Beweises nicht erfaßt hat, wenn er ihn dahin ansetzt, daß die Ungewißheit des Daseins Gottes allein schon einen Gegenbeweis gegen eben dieses Dasein bildet. Hier liegen mit einem Male drei Mißverständnisse vor: 1) Ich führe gar keinen Gegenbeweis gegen dieses Dasein, sondern widerlege nur die bestehenden Beweise für dieses Dasein. 2) Ich spreche nirgends von der Ungewißheit des Daseins, sondern überall nur von dem Nichtvorhandensein einer Pflicht, einen Gott zu glauben und ihn zu verehren. 3) Ich habe nirgends den Mangel an Logik zu Schulden gebracht, aus Ungewißheit eines Daseins auf dessen Nichtvorhandensein zu schließen. Ich möchte den Herrn Gegner höflich ersuchen, meinen Titel noch aufmerkamer zu lesen, damit ich nicht genöthigt bin kostbaren Raum des „Volksstaat“ mit weitaufziger Auseinandersetzung der Mißverständnisse zu verschwenden. Denn es mir durchaus weniger am Recht behalten als an der Ausfüllung eines möglichst großen Leserkreises.

A. Dou-

## Die Quednauer Revolte vor dem Schwurgericht (Fortsetzung.)

Die ostpreussischen Revoltanten und das Gericht.

II.

Der Staatsanwalt, Assessor Dr. Biento, trug in seinem boher ungemein starke Farben auf. Nach seiner Ansicht es die Revolte darum ein so großes Aufsehen (wie der nur acht später in Kissingen verübte „schändliche Mordversuch“ auf „populärsten Mann in Deutschland“), weil man in demselben Symptome einer tiefer liegenden Krankheit erla. Als Ursache dieser tiefer liegenden Krankheit ist nach dem Staatsanwalt das sozialdemokratische Gift erkannt worden, welches langsam schleicht, aber deshalb nicht aufhört, zu sein, und die beabsichtigte Wirkung auch gehabt. Zwar werden sich die Herren Geschworenen und Richter bewundert haben, sagte er, daß die tagelangen Verhandlungen (und die drei Monate dauernde Untersuchung!) über die Urheberschaft und über diejenigen, welche die ländliche Bevölkerung aufhebt, „eigentlich gar nichts ergeben hat“. Aber der Staatsanwalt weiß die Herren mit einigen schwülzigen Phrasen ruhig. „Solche Verbrechen entstehen nicht auf einmal, lassen sich auf eine allmähliche Vorbereitung zurückführen.“ Der Staatsanwalt erinnerte dann an eine Partei, „die es schon Jahren zur Aufgabe macht, den Arbeitern von Freiheit schwärmen und ihnen im Hintergrunde eine ungeheuer Branntweinflasche zeigt“; an Blätter, die auf jeder Seite Evangelium predigen, die Arbeiter „brauchten nur zu Dreißig und Senze zu greifen und gegen den Besitz zu Felde zu um das Ideal der Freiheit, der Weisheit und des Reichth-

„aufgehoben“; an Flugblätter, mit denen in letzter Zeit unsere Pro-  
m „außerordentlich überschwenmt“, worin alle diese Gräuel-  
thaten, welche in Duenau und Nebenua verübt und angedroht  
den Arbeitern auf dem Lande anempfohlen worden.“  
Für alle diese außerordentlich starken Behauptungen hat Staats-  
anwalt Dr. Wieno nicht den magersten Beweis beigebracht, er hat  
nicht einmal sagen können, daß solche Verbrechen von irgend  
einem andern Gerichte zu irgend einer Zeit konstatiert worden  
sind. Von den Flugblättern, mit denen die Provinz „außer-  
ordentlich überschwenmt“, die an vielen Orten mit Beschlag be-  
eignet, hat er nur das in Schönfließ ausgegebene vorgezeigt können.  
Sind selbst dieses in niemals verfolgt, geschweige verurteilt wor-  
den. Den angeführten drei Feinden gestellte der Staatsanwalt  
noch einen „viel schlimmern“ Feind, den Branntwein zu. „Die  
Lösung ist: möglichst wenig arbeiten und möglichst viel trinken. Eine  
angewöhnliche Scheu vor der Arbeit und als Korrelat ein unge-  
wöhnlicher Durst: dann ist der Mann fertig, wie er zu solchen Ex-  
zessen gebraucht wird. Zuerst im Krüge den Leib vollgetrunken  
und dann los gegen die Besitzer! Diese Elemente haben, innig  
gestellt, auch hier gewirkt.“ Bewiesen, durch unabweisbare Beweise  
festgestellte Thatsachen bewiesen wurde auch diese Behauptung nicht.  
Der Beweis nicht einmal versucht. Der Herr Staatsanwalt führte  
an, daß von 175 Sachen, die seit dem ersten Januar in diesem  
Jahre zur Verurteilung durch die Kriminaldeputation des Königs-  
berger Kreisgerichts gelangt sind, allein 52 Fälle Mißhandlung  
oder Bedrohung der Besitzer Seitens der Knechte, Hausfriedens-  
bruch und Beamtenbeleidigung betrafen. Durch diese Thatsachen,  
welche mit den Revolten in keinem Zusammenhange standen,  
wollte der Herr Staatsanwalt zu dem Schlusse berechtigt sein,  
daß die Besitzenden sich, was die ländliche Bevölkerung anbetrifft,  
den arbeitenden Klassen gegenüber in einem wahren Nothstande  
befänden. Der kleine Besitzer kommt mir vor, als wenn er auf  
einem Pulverfasse sitze. Der große merkt vielleicht nicht so die  
Währung im Bolke, weil er mit diesem nicht in so enge Verüh-  
rung kommt.“ An die Geschworenen (es waren nur Unte-  
besitzer!) sich wendend, rief nun der Staatsanwalt: „Das ein-  
zigste Mittel dagegen haben Sie in der Hand: eine strenge, un-  
erbarmliche Handhabung des Gesetzes.“ Und nur keine  
mildernden Umstände den Angeklagten zuerkennen! „Es würde  
das Rechtsbewußtsein und Rechtsgefühl aufs Größlichste ver-  
letzen, wenn mildernde Umstände den Angeklagten bewilligt werden  
sollten. Denn nur Strenge kann uns vor der drohenden Gefahr  
retten.“

Von den Angeklagten hat Niemand gesprochen. Sie können  
nicht reden; sie sind nicht einmal in Stande gewesen, den Kreuz-  
und Querfragen des Verhörs zu folgen, am wenigsten aber den  
künstlichen und schwülstigen Ausführungen des Staatsanwaltes.  
Biele war ihnen gewiß ganz neu, und es würde wahrscheinlich  
große Mühe kosten, ihnen zu erklären, was der Staatsanwalt mit  
der hundertköpfigen Hydra und den drei Feinden gemeint. Sie  
haben schon darum nicht den Verhandlungen folgen, Einwendungen  
machen und dem Staatsanwalt antworten können, weil sie nur  
Blattdeutsch zu verstehen und zu sprechen vermögen. Sie waren  
den Juristen gegenüber wehrlos und sie wußten das.

Die Verteidiger der Angeklagten, angefehene und ehrenwerthe  
Rechtsanwälte, waren ohne Sympathie für die Angeklagten. Auf  
die elende Lage der Landarbeiter ist denn auch keiner von den  
zehn Verteidigern (so weit dies aus den auffällig kurzen Mit-  
theilungen der Königsberger Zeitungen zu ersuchen) eingegangen.  
Die der Anklage zu Grunde liegenden Thatsachen waren nicht an-  
zugreifen. Zur Erklärung derselben, um Milderungsgründe gel-  
tend zu machen, wurde der Zeitgeist angeführt, der daher komme  
wie der Sturmwind, von dem man nicht wisse woher, von dem  
man nur die Wirkungen sehe, die Trümmer der über den Haufen  
geworfenen Gebäude. Für den Geist, welcher jetzt die untersten  
Bolksklassen durchdringe, könne nicht der Einzelne verantwortlich  
gemacht werden. Zum Theile wohl ist er die Folge der neuen  
Gesetzgebung, die mit einer Ueberflutung fortschreite, daß in letzter  
Zeit selbst die Rechtsanwälte irre geworden seien, wie viel mehr  
müßten es diese Leute werden. Es sei ein tief eingewurzelter  
Misstrauen der Arbeiter gegen die Arbeitgeber; nun sollten die  
Gutsbesitzer auf einmal die Macht haben, sie ins Gefängnis zu  
bringen. Das müßte böses Blut machen. Die Anklage selbst er-  
kenne an, sagte ein Anderer, daß die Angeklagten, die alle stupid  
und roh sind, Opfer der sozialistischen Wählerreien geworden, die  
so lange Zeit die Leute aufgeregt hätten. Verschiedene Blätter,  
führte ein Dritter aus, hätten sich den Kopf darüber zerbrochen,  
wie der Zug gegen die Kreisordnung, die doch auf so gesundem  
Fundamente beruhe, habe kommen können. Alle Bemühungen der  
Staatsanwaltschaft, sozialistische Einflüsse zu entdecken, seien ver-  
gebens gewesen; sie habe die Quelle nicht auffinden können. Er  
könne das Geheimniß verrathen. Es gäbe keine Quellen. „Die  
Einfalt, Dummheit, Rohheit und der Branntwein hätten die Ver-  
anlassung zu den Exzessen gegeben und ein gewisser konservativer  
Zug in der ländlichen Bevölkerung.“ Als gegen die Duenauer  
Revolte verhandelt wurde, sagte der Verteidiger: „Nichts als  
die durch Schnaps gesteigerte Rohheit der Leute hat die Schuld  
an den Vorfällen... Sehen Sie, meine Herren Geschworenen,  
sich die stupiden Physiognomien der Angeklagten an, und Sie  
werden finden, daß sie sich unmöglich über die klarsten Dinge ver-  
ständigen können.“ — In dieser Weise, indem sie ihre Klienten  
als ein verächtliches, verworrenes Gesindel schilderten, suchten die  
Verteidiger die Geschworenen zur Annahme mildernder Umstände  
zu bestimmen! Daß Gründe, wie die vorgebrachten, auf die Herren  
Gutsbesitzer nicht den geringsten Eindruck machten, wird Keinen  
Wunder nehmen. (Forts. folgt.)

### Gewerksgenossenschaftliches.

**Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.**  
Braße. Ein beliebtes Manöver der Meister zur Herab-  
drückung der Löhne ist der Hinweis auf die durch die „hohen“ Löhne  
hervorgebrachte Unmöglichkeit mit den auswärtigen Meistern zu  
konkurriren. Die Meister meinen, die Schiffszimmerer hätten vor  
Jahren hierorts nur 27 Grote und später 42 Grote erhalten und  
hätten sich bei diesem Lohne ganz wohl befunden. Heute, wo wir  
1 Thlr. Lohn erhielten, können wir nur deshalb nicht aus, weil  
wir uns förmlich bemühten, Alles zu verthun.  
Nun Kollegen, laßt Euch durch solches Geschwätz nicht beirren,  
man will damit nur einen Vorwand herausuchen, um dem Ar-  
beiter den Lohn kürzen zu können. Ich kann hierzu genügende  
Beweise anführen, und werde nur von der Zeit reden, wo ich  
schon als Schiffszimmerer arbeitete, nämlich von vor 20 Jahren.  
Damals verdienten wir 42 Grote, die Lebensmittelpreise waren  
aber über die Hälfte niedriger wie jetzt. Es kostete früher 1 Brod  
von 20 Pfd. 16 Grote, jetzt 18 Groschen, die Butter 4 Pfd.  
10 Grote, jetzt 13 Groschen. Damals erhielten wir 36 und 40 Pfd.  
Wehl für 1 Thlr., jetzt erhalten wir 16 Pfd. für 1 Thlr., Schäl-

gerste erhielten wir 36—40 Pfd. 1 Thlr., jetzt nur 12 und  
18 Pfd. Und so geht es mit allen Lebensmittelpreisen fort. Also  
wird ein Jeder leicht einsehen, daß unser Tagelohn sich nicht mit  
den Lebensmittelpreisen aufschwingen hat, sondern wir haben  
uns über 50 Prozent verschlechtert. Nicht der hohe Lohn also  
verdrängt die Arbeit, sondern grade umgekehrt, wenn der Tage-  
lohn nicht mit den Lebensmittelpreisen übereinstimmt, so wird der  
Arbeiter verdrängt. Aber dieses wollen die Kapitalisten nicht ein-  
sehen, sie sinnen lieber auf Mittel, um den Arbeiter noch besser  
in Jammer und Elend hineinzuführen. Darum Kollegen, fordere  
ich Euch auf, unsern Verein beizutreten, denn durch stramme Or-  
ganisation können wir den Meistern entgegenzutreten und ihnen  
zeigen, daß sie uns ordentliche Behandlung und solide Löhne schul-  
dig sind. Denn wir Arbeiter sind es grade, welche die Arbeit  
fertig bringen, nicht die Kapitalisten. Mit sozialdem. Gruß  
Ludwig Detken, Bevollmächtigter.

### Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

**Braunschweig, 16. Dezbr.** Vereinsgenossen! Am gestrigen  
Tage habe ich die Formulare für die statistischen Nachweise über  
Lohn und Lebensbedürfnisse an alle Genossenschaften gesandt. Laut  
Beschluss der diesjährigen Generalversammlung hat jede Genossen-  
schaft halbjährlich ein Formular auszufüllen und an das Control-  
Commissionsmitglied A. Reimann in Berlin, alte Jacobsstr. 6, zu  
senden. Da die Zeit soweit vorgeschritten ist, werden die Bevoll-  
mächtigten ersucht, sich damit zu beilehen. Gleichzeitig mache ich  
den Mitgliedern bekannt, daß in Betreff der Personen, die in  
Sachsen zu der Borortverwaltung gewählt sind, bis dato kein  
Widerspruch bei mir angezeigt ist; ich bringe deshalb zur Kenntniß,  
daß die Uebergabe der Geschäfte vom alten auf den neuen Borort  
am 28. Dezember stattfindet.

F. Rummel, Scharrnstraße 1.

### Correspondenzen.

**Großenhain.** Zur Harmonie zwischen Kapital und  
Arbeit. Um den verschiedenen lügenhaften Berichten der Bour-  
geois-Presse über die hiesigen Lohnstreitigkeiten entgegen zu treten,  
fühle ich mich verpflichtet, nachstehende ausführliche Auseinander-  
setzung zu machen: Am 10. Oktober wurde den Arbeitern an den  
mechanischen Stühlen bei den Herren Tschulte u. Otto eine Lohn-  
reduktion von 20 pCt. angekündigt, und zwar nach Aussage der  
genannten Firma hauptsächlich auf Veranlassung der Fabrikanten  
Gebr. Raundorf. Da die Arbeiter der Herren Tschulte u. Otto  
bei der gegenwärtigen Theuerung aller Lebensbedürfnisse sich eine  
Lohnreduktion nicht gefallen lassen konnten, kündigten dieselben die  
Arbeit, wandten sich aber auch gleichzeitig an die Arbeiter der  
Herren Gebr. Raundorf, denen sie begreiflich machten, daß es an  
ihnen liege, für die Zukunft derartige Lohnmäßigkeit hintanzuhalten,  
indem sie trachten sollten, ihre Löhne denen der Tschulte u. Otto-  
schen Fabrik gleichzustellen. Den Arbeitern der Gebr. Raundorf  
kam diese Aufforderung ganz gelegen, indem dieselben bereits seit  
zwei Jahren bestrebt sind, ihre Löhne in die Höhe zu bringen,  
und sie stellten daher nochmals ihre Forderungen, wurden jedoch  
abermals abgewiesen. Es blieb ihnen nichts Anderes übrig, um  
ihren gerechten Forderungen Nachdruck zu verleihen, als die Arbeit  
einzustellen, was sie auch thaten, indem sie am 17. Oktober kün-  
digten. Auf diese Kündigung von ca. 60 Arbeitern und Arbeit-  
erinnen hin, wurde von Seiten des Fabrikantenvereines die Aus-  
sperung sämtlicher Arbeiter — ungefähr 2000 an der Zahl —  
beschlossen und dieser Beschluß mittelst Circular den Arbeitern be-  
kannt gegeben (s. „Volkstaat“ Nr. 125 vom 25. Oktober). Die  
von den Fabrikanten angekündigte Aussperung wäre am 30. Ok-  
tober erfolgt, und ist es nur dem rechtzeitig Einschreiten unseres  
Parteiorganes Viebnacht zu danken, daß es noch vor dem Termine  
sich genau nach der Ursache des ausgebrochenen Konflikts und fand  
denselben für viel zu geringfügig, um so mir und dir nichts gegen  
2000 Arbeiter auf das Pfahle zu setzen. Er begab sich in Folge  
dessen mit noch zwei Mitgliedern des Arbeitercomitès zu dem Vor-  
sitzenden des Fabrikantenvereines Herrn Buchwald, der sich brieflich  
an ihn gewandt und in gemäßigtem Tone über den Konflikt aus-  
gesprochen hatte. Da derselbe gerade abwesend war, besprach er  
sich mit dessen Sohne. Es kam schließlich so weit, daß für den  
nächsten Tag eine gemeinschaftliche Sitzung beider streitenden  
Theile stattfinden sollte, um diese Angelegenheit in Güte beizu-  
legen. Auf diese im Privatwege gepflogene Unterredung hin be-  
gab ich mich im Einverständnisse mehrerer Genossen am nächsten  
Tage zu Herrn Buchwald, um Ort und Zeit der gemeinschaft-  
lichen Unterhandlungen festzusetzen. Es freute Herrn Buchwald  
dieses Entgegenkommen und er sprach sich dahin aus, daß es  
der Wunsch sämtlicher Fabrikanten sei, diese Ange-  
legenheit gütlich beizulegen, nur wollte man nicht den An-  
fang machen, wie aus seinem ganzen Reden hervorzuerg. Was  
die Unterhandlungen selber betrifft, so werde ich aus dem Pro-  
tocol der gemeinschaftlichen Sitzung vom 30. Oktober die haupt-  
sächlichsten Stellen anführen:

„Vorschlag des Vorsitzenden Herrn Buchwald: Die Arbeit in  
den Fabriken, zur Verhütung der Schädigung der Interessen bei-  
der Theile, in dem gegenwärtigen Stadium und unter den bis-  
herigen Lohnsätzen fortzusetzen, vorbehaltlich weiterer Verhandlungen  
der beiderseitigen Comitès über Regelung der Lohnzahlungen  
unter Zuziehung der betreffenden Betriebsmeister.  
„Dieser Vorschlag findet die Zustimmung beider Parteien; es  
wird jedoch hierzu Seitens der Arbeiter noch die Bedingung ge-  
stellt: daß auch diejenigen Arbeiter, welche aus Anlaß des Streites  
bereits außer Arbeit gekommen, ihr bisheriges Arbeitsverhältnis  
wieder mit aufzunehmen haben, und daß Seitens des Herrn  
Raundorf derjenige Strafantrag wieder zurückgenommen werde,  
welchen derselbe gegen Herrn Anton Bähr wegen Hausfriedens-  
bruch bei Gericht gestellt habe. Mit den ersteren Bedingungen  
erklären sich die Deputierten des Fabrikantenvereines einverstanden,  
da hingegen kann sich Herr Raundorf nicht entschließen, Herrn  
Bähr wieder in seine Arbeit und beziehentlich den Strafantrag  
gegen denselben zurückzunehmen. Schließlich kommt eine Einigung  
dahin zu Stande, daß die Arbeit in allen Fabriken unter den  
alten Verhältnissen fortgesetzt und beziehentlich wieder aufgenom-  
men werde, vorbehaltlich weiterer Verhandlungen in Gemäßheit  
des Vorschlages des Herrn Vorsitzenden und unter Wieder-  
annahme der aus Anlaß des Streites aus der Arbeit entlassenen  
Arbeiter.“

Das Resultat der Verhandlungen wurde in einer Versamm-  
lung den Arbeitern mitgeteilt und gleichzeitig beschlossen, nach-  
stehendes Schreiben an den Fabrikantenverein zu richten:  
„Zur Verschleppung des Ausgleichs der Lohn-Differenzen in  
den mechanischen Werkereien hin ist von Seiten des Arbeiter-  
Comitès und unter Zustimmung zweier stark besuchten Versamm-  
lungen von Arbeitern und Arbeiterinnen beauftragt, einem löbl.

Comitè beiliegenden Lohnarif zur geneigten Begutachtung vor-  
zulegen, und füge ich nur noch hinzu, daß es ausdrücklicher  
Wunsch der beiden Versammlungen und besonders der Weber bei  
den Herren Gebr. Raundorf ist, daß die Verhandlungen über  
diesen Gegenstand so schnell als möglich geführt werden, um  
dieser für beide Parteien unerquicklichen Situation ein rasches  
Ende zu machen. Indem ich mich der Hoffnung hingebende,  
daß eine beiderseitige Auseinandersetzung zu dem gewünschten Ziele  
führen wird, zeichne ich mich für das Arbeiter-Comitè  
Hugo Schmidt.“

Auf dieses Schreiben hin erwarteten wir eine Einladung zu  
einer gemeinsamen Sitzung, wurden aber durch nachstehendes  
Schreiben eines Andern belehrt:

„An das Arbeiter-Comitè!  
Inliegend empfangen Sie den von uns festgestellten Lohn-  
Tarif, nach welchem künftig ausgezahlt werden soll.  
Der Fabrikantenverein.“

Unsere Antwort auf diese Zeilen lautete:  
„An den löbl. Fabrikantenverein!  
Auf Ihr Schreiben sammt Lohnarif habe ich im Auftrage  
des Arbeiter-Comitès und einer Versammlung von Vertretern  
sämmlicher Weber der hiesigen mechanischen Werkereien Nach-  
stehendes kund zu thun:

1) Ist der von Ihrer Seite mir zugesandte Lohnarif nicht  
dazu angethan, die gegenwärtige Lohn-Differenz in den mecha-  
nischen Werkereien, resp. der Weberei der Herren Gebr. Raundorf  
zu regeln, und 2) ist man gänzlich von den beiderseitigen Be-  
schlüssen in der gemeinschaftlichen Sitzung (s. oben) abgekommen,  
indem man, anstatt Unterhandlungen herbeizuführen, diktatorisch  
mit einem neuen Lohnarif heraustritt, welcher, wenn durchgeföhrt,  
in mehreren Fabriken mit einer Lohn-Reduktion gleichbedeutend  
wäre, welche selbstverständlich nie die Zustimmung der Arbeiter  
unter den heutigen Verhältnissen haben könnte. — Im Uebrigen  
erkennen die Arbeiter die schlechte Lage des industriellen Wirt-  
marktes an, sie wissen aber auch recht gut, daß die hiesigen Fabri-  
kate nicht davon betroffen werden, und es ist daher ihr ausdrück-  
licher Wunsch, dahin zu wirken, daß besonders bei den Herren  
Gebr. Raundorf auf Sommerwaare der Lohnsag der sächsischen  
Tuchfabrik als maßgebend angenommen und daß die Frauenarbeit  
mit dem gleichen Lohne bezahlt werde.

Ich hoffe, daß man diesen Wunsch berücksichtigen wird, um  
nicht abermals einer Arbeitseinstellung entgegen zu gehen. Jeden-  
falls ist es angezeigt, die einmal begonnene Verhandlungen fort-  
zusetzen, um eine Regelung schnellstens herbeizuföhren.

Für das Comitè: Hugo Schmidt.  
Die Antwort lautete:  
„An das Arbeiter-Comitè!  
Zu Händen des Herrn Hugo Schmidt.

Auf das unterm 15. d. M. an uns gerichtete Schreiben er-  
widern wir Ihnen zu 1): Der Ihnen am 12. d. M. übersandte  
Lohnarif ist von uns auf Grund Ihres uns am 2. d. M. über-  
gebenen, vom 29. v. M. datirten Lohnarifs aufgestellt worden.  
Wir müßten um so mehr erwarten, daß unser Entgegenkommen  
gewürdigt werden würde, da Sie bei Beurtheilung fraglichen  
Tarifs sich sagen mußten, daß wir damit eine möglichst Gleich-  
stellung angestrebt und in der Fabrik der Herren Gebr. Raundorf  
eine Lohnaufbesserung herbeizuföhren haben. — Zu 2): Den Vor-  
wurf, daß wir von dem in der Sitzung vom 30. Oktober gefassten  
Beschlusse abgekommen seien, wonach die Comitès die Sache ge-  
meinschaftlich behandeln sollten, müssen wir, wie Sie gewiß nicht  
anders zugeben können, an Sie zurückweisen. Denn nicht nur,  
daß Sie uns, ohne auch nur die Einladung zu einer gemein-  
schaftlichen Sitzung abzuwarten, den ganz einseitig von Ihnen  
aufgestellten Lohnarif zusandten, haben Sie es in unserer Sitzung  
vom 30. Oktober, in welcher ja über Lohnsachen, wenn auch nur  
im Allgemeinen, verhandelt werden sollte, nicht der Mühe werth  
gehalten, uns Kenntniß von demselben, schon vom 29. Oktober  
datirten Tarif zu geben, und entzogen uns somit die Möglichkeit  
jeder gemeinschaftlichen Verhandlung, indem Sie am 2. d. M.  
mit diesem einseitigen Tarife hervortraten. Ihrer Forderung, die  
Lohnsäge denen der sächsischen Tuchfabrik gleichzustellen, können  
wir nicht nachkommen, da, wie ja allgemein bekannt, dort der  
hohe Lohnsag durch die Eigenheit der Arbeit bedingt ist. Der in  
Ihrem Schreiben angeschlagene Ton ist entschieden verletzend, und  
wenn Sie, nachdem wir das bereitwilligste Entgegenkommen ge-  
zeigt und die Sache in der vornehmlichsten Weise behandelt haben,  
uns abermals mit Arbeitseinstellung drohen, erklären wir, daß  
wir, die Verantwortlichkeit der Folgen Ihnen überlassend, jene  
annehmen und allgemein durchföhren würden.  
Großenhain, am 19. November 1874.

Der Fabrikantenverein.  
In diesem Schreiben möchten sich die Herren Fabrikanten  
gerne weiswaschen, — aber es gelingt Ihnen nicht recht. Wie  
die Thatsachen jetzt liegen, sind die Arbeiter vollkommen der  
Ueberzeugung, daß von den Herren Fabrikanten durchaus nichts  
zu erwarten ist. Es sei nur noch erwähnt, daß die Herren Fabri-  
kanten von Grünberg (Schlesien) Arbeiter und Arbeiterinnen her-  
lockten, und zwar war es der Buchhalter Herbst, welcher dieses  
schöne Geschäft übernommen hat. Leider sind diese armen Pro-  
letarier getäuscht worden, — und möchten sie gerne wieder in die  
Heimath zurück, wenn sie nur das Reisegeld hierzu hätten.

Die Schlussfolgerung aus all diesem ist: daß etwas faul sein  
muß, wenn bei gegenwärtiger Geschäftsflodung noch Arbeiter-  
mangel herrscht. Schlechter Lohn und theurere Lebens-  
bedürfnisse. Nächstens folgt eine kleine Blumenlese über das  
Treiben der Herren Fabrikanten.

Im Auftrage: Hugo Schmidt.  
Berlin. Wie man Sozialdemokraten verurtheilt! Die Partei-  
genossen erinnern sich wohl, daß ungefähr Ende Juni d. J. des  
am 25. Juni gegen Parteiorganen Körner verhandelten Prozesses  
Erwähnung gethan wurde. Derselbe wurde damals in erster  
Instanz von den bekannten Herren Reich, v. Offowsky und Diersch  
der Majestätsbeleidigung für schuldig befunden und zu 4 Monaten  
Gefängniß verurtheilt. Körner hatte am 28. April c. unsere  
Versammlung Elisabethstraße Nr. 17 besucht. Der zur Tages-  
ordnung festgesetzte Referent Holzwarth war nicht erschienen, Heinsch  
forderte deshalb Körner auf, um nicht resultatlos auseinander zu  
gehen, etwas über die Parteiverhältnisse in den Rheinlanden zu  
berichten, wo Körner den Winter über in Arbeit gestanden hatte.  
Körner entsprach dem; er legte zunächst die Gründe auseinander,  
welche dem Reichstage so viele ultramontane Abgeordnete zuföhren.  
Er sagte darüber:

„Ein wirklich jederzeit feststehendes Prinzip besitzen die Ultra-  
montanen nicht, dasselbe ist gelöst, sobald wir den Herren von  
Ketteler an Stelle des Bismarck gesetzt sehen. Die Wahl kleri-  
kaler Abgeordneter hat lediglich in der Opposition gegen die Re-  
gierung ihren Grund. Angesichts dieses oppositionellen Wahls-  
falls, zeigt sich das in einer jüngsten Geburtagrede so scharf

betonte Vertrauen zwischen „Mir und Meinem Volke“ sehr abgeschwächt. Die Regierung ist sich dieses Misstrauens auch bewußt! Wenn sie an Vertrauen glaubte, wie würde sie Ursache finden, das ohnehin starke Heer immer noch zu vermehren, wie vertrauen sich ihre Maßregeln mit diesem Vertrauen? Mit dem Vertrauen ist es nicht weit her!“

So lautete auch die Anklage, nur an Stelle des „zeigt sich hier sehr abgeschwächt“ hatte der überwachende Polizei-Lieutenant Rath von einem „leeren“, der Schumann aber sogar von einem „blauen“ Dunst gehört, beide haben aber ihre Aussagen bedienst-eidet. Die Behauptung des Polizei-Lieutenant, die Versammlung sei nur von Arbeitern besucht gewesen, stellte Körner in Abrede und warf die Frage auf, was er denn bei solchen Beurtheilungen eigentlich für Merkmale habe? „Das könnte man doch gleich an den Gesichtern sehen. Es sei nur ein einziger Gebildeter dort gewesen, und zwar Herr Bernstein“, war seine Antwort. Hierbei sei bemerkt, daß Bernstein zufällig in jener Versammlung nicht anwesend war, der Beamte also eine andere Versammlung im Kopfe haben mußte, von wo er auch vielleicht die „leeren“ und „blauen“ Dunste mitbrachte. Auf die Frage des Richters, ob denn weiter nichts gesagt sei? erwiderte er: „Ja, als Körner gemerkt hatte, daß ich notire, hat er angefangen die Kritik wieder abzuschwächen indem er ironisch sagte: er habe volles Vertrauen zur Regierung, obwohl er bei Unterhaltung mit Bekannten darin schon oft sehr wankelmüthig geworden sei. Auf die Frage an Körner, wessen Geburtstagsrede er damit gemeint habe, in der das darin betonte Vertrauen zwischen „Mir und Meinem“ Volke nicht weit her sei? erklärte Körner, die Geburtstagsrede des Kaisers nicht gemeint zu haben, von wem eine solche gehalten, in der die Worte zwischen „Mir und Meinem Volke“ enthalten seien, sei hier gänzlich gegenstandslos, er enthalte sich darauf der Antwort. Der Staatsanwalt Simon von Jastrow suchte nun in seinem Plaidoyer die Ausführungen als sehr gefährliche zu bezeichnen, sie seien bestimmt gewesen, die Loyalität im Volke zu erschüttern! Er behauptete: „Da notorisch feststünde, (?) daß der Kaiser in seiner letzten Geburtstagsrede von einem Vertrauen zwischen sich und seinem Volke gesprochen habe, unterläge es keinem Zweifel, daß dieselbe gemeint sei, auch hielte er ein Jahr Gefängniß für die geeignete Strafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Munkel, setzte in längerer Rede die Straflosigkeit auseinander. Der Gerichtshof entschied auf vier Monate Gefängniß. Er nahm dabei folgende Gründe an: „Wenn nun auch der Angeklagte beim Besprechen der Geburtstagsrede nicht ausdrücklich erklärt hat, daß er hierbei die letzte Geburtstagsrede des Kaisers im Sinn habe, so ist es doch außer allem Zweifel, daß dieselbe gemeint worden, da Angeklagter wenige Wochen nach dem Geburtstage des Kaisers, an welchem derselbe in seiner Rede an die ihm gratulirenden Generale, wie notorisch (?) ist, auch der Angeklagte als ihm bekannt zugegeben hat (?), das zwischen Mir und Meinem Volke herrschende Vertrauen betont hat, (?) die inkriminirte Kritik über diese Worte abgab und dabei noch zum Ueberflus ausdrücklich von einer jüngsten Geburtstagsrede sprach! Mit Recht sieht die Anklage hierin eine Majestätsbeleidigung, denn das Vertrauen, welches in der kaiserlichen Geburtstagsrede als bestehend angenommen wurde, charakterisirt sich durch das gebrauchte Wort „zwischen“ als ein wechselseitiges und wenn dieses wechselseitige Vertrauen vom Angeklagten genannt wird, ein auf „blauen“ (?) oder „leeren“ (?) Dunst beruhendes, ein Vertrauen, welches nicht weit her sei, so schildert er dadurch das dem Kaiser wirklich geschenkte Vertrauen als ein unberechtigtes, und gleichzeitig den Kaiser als eine Person, die kein Vertrauen verdiene und sich gleichwohl mehr Vertrauen vindicire, als ihr eigentlich gezollt werde.“ Der Gerichtshof nahm auch an, daß Ehrverletzung zum Thatbestand der Majestätsbeleidigung genüge, und hielt deshalb vier Monate Gefängniß für angemessen, indem dem Angeklagten mildernd zur Seite steht, daß die Rede vor einer nicht stark besuchten Versammlung gehalten und er auch anscheinend bemüht gewesen sei (was erst als Ironie bezeichnet wird) den beleidigenden Eindruck wieder abzuschwächen, indem er seinen Hauptangriff gegen die Ultramontanen — und gegen die Regierung gerichtet habe. Diesen Gründen ist das Kammergericht beigetreten, und das zwar in einer Sitzung, von der weder Körner noch die Öffentlichkeit bis heute etwas weiß; dieselbe soll, wie im Erkenntniß steht, am 13. Nov. stattgefunden haben. Warum hat man Körner nicht von diesem Termine benachrichtigt? Dies wird uns aus der Beschwerde Körners an das General-Postamt klar. Dieselbe lautet:

Am 10. November c. wurde angeblich vom Rechtsanwalt Munkel hier die briefliche Anzeige zu einem am 13. November c. vor dem königl. Kammergericht gegen mich verhandelten politischen Prozesse mit meiner genau spezifizirten Adresse, der hiesigen Post zur Beförderung übergeben, von welcher dasselbe jedoch als unbestellbar remittirt wurde. Der Schaden, der mir daraus erwachsen, ist unermesslich! Nach meinen angestellten Recherchen bin ich zu der Annahme gezwungen, daß dieser Brief einer Intrigue zum Opfer gefallen, denn weder ist bei dem Polizei-Bureau Nachfrage nach meiner Adresse gestellt, noch weiß der Briefträger meines Revisors etwas von jenem unbestellbaren Briefe. Es ist mir dieser Vorfall umsomehr unbegreiflich, da fast kein Tag vergeht, an welchem ich nicht Briefe erhalte, und da mich zur selben Zeit einige Zufchriften anstanden, welche an meine frühere Adresse Admiralstraße 25 gerichtet waren, trotzdem ich von dort unbekannt verzogen war. Die Polizei von ganz Berlin mußte also annehmbar ganz genau, wo sie mich finden konnte, auch belam ich nur kurze Zeit vorher vom Polizei-Bureau meines Bezirks die Aufforderung, mich zur Regelung einer andern Sache dort einzufinden. Kein Irrthum, sondern die tabelnwertheste Infamie liegt also hier vor! Ich stelle deshalb die ganz ergebene Bitte, die nöthigen Recherchen darüber anzustellen, von welchem Briefträger fraglicher Brief des Herrn Munkel zurückgebracht wurde, und mir das Resultat mitzutheilen.“

Als Antwort wurde Körner angezeigt, daß die Sache dem Ober-Postamt zur Erledigung zugesandt sei, welches aber bis heute noch nichts von sich hören ließ. Wie der Bescheid aber auch lauten möge, Körner hat schon auf die Wichtigkeitsbeschwerde verzichtet. Er sagte: „Wenn man unsere Gerichtshöfe nicht von der Annahme von Unrichtigkeiten zurückhalten kann, wie könnte es möglich sein, dieselben zum Umwerfen derselben zu bewegen?“ daß sie also selbst eingesehen sollten, ihr Urtheil basire auf Unrichtigkeiten? Daß das Urtheil sich der Annahme von Unrichtigkeiten schuldig gemacht, wenn es behauptet, der Kaiser habe in seiner letzten Geburtstagsrede von einem „Vertrauen zwischen Mir und Meinem Volke“ gesprochen, soll dadurch bewiesen werden, daß wir die fragliche Rede hier folgen lassen. Dieselbe lautet nach den Zeitungsberichten:

„Auf die Anrede des General-Feldmarshalls Grafen v. Wrangel beim Gratulationsempfang der Generalität erwiederte der Kaiser: „Nehmen Sie meinen Dank für die Wünsche, welche Sie für die

Kräftigung Meiner Gesundheit ausgesprochen. Ich nehme sie in diesem Jahre besonders gern an und glaube auch ihre Erfüllung hoffen zu dürfen.“ Dann zu den Generalen gewendet: „Auch Ihnen sage ich für die Gefinnungen meinen Dank, welche der General-Feldmarschall soeben in Ihrem Namen ausgesprochen. Da Sie als Repräsentanten Meiner Armee vor mir erscheinen, darf Ich Ihnen auch nicht verheimlichen, daß abermals eine Krise über derselben zu schweben scheint. Was ich damals vier Jahre aus Pflichtgefühl und Ueberzeugung erprobte, aufrecht erhielt und erreichte, hat seinen Lohn in den ja über alle Erwartungen großen Erfolgen der Armee und Meiner Verbündeten gefunden und dieses Gefühl giebt Mir Muth zur Ausdauer auch jetzt, denn nicht um Kriege herbeizuführen, sondern um den europäischen Frieden zu sichern, halte Ich an dem Bewährten fest. Leisten Sie mir dazu auch weiter, wie bisher, Beistand durch Ihre so pflichtgetreue Thätigkeit.“

Wo liegt hier also die Betonung des Vertrauens „zwischen Mir und Meinem Volke“? Womit werden sich die Herren Reich, v. Dörmösch und Giersch entschuldigen, die diese Behauptung Körners Beurtheilung zu Grunde gelegt haben? Und wo erhält man unter solchen Umständen Satisfaction? Das Urtheil ist am 11. Dezember sogenannt rechtskräftig geworden. Körner wird die Strafe in Hölzenseer abmachen, uns aber ist wiederum der Beweis geführt, daß, wenn es sich um die Beurtheilung von Sozialdemokraten handelt, man selbst nicht vor der Annahme von Unrichtigkeiten zurückschreckt.

**Apolda.** Die heute hier zahlreich versammelten Parteimitglieder nahmen einstimmig nachstehende Resolution an: „Mit Freuden begrüßen wir die angestrebte Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen Deutschlands, und ersuchen unseren Parteiauschuß, mit allen Kräften dafür zu wirken. Ein Hoch der vereinigten deutschen Arbeiterpartei.“

**Die Sozialdemokraten Apolda.**  
Die Sozialdemokraten Apolda. Quittung über die zur Unterstützung der hiesigen ausgesperrten Cigarrenarbeiter und Widelmagerinnen eingegangenen Gelder: Von Herrn Lemke, Holzarbeitergewerkschaft Berlin Thlr. 5., von Herrn Ernst Jüngling, Holz- und Schuhmacher-gewerkschaft in ? Thlr. 3. 23., vom sozialpolitischen Arbeiterverein Hannover durch Herrn Pösch Thlr. 2. 16., von Herrn Joseph Walgerberg in Regensburg fl. 3. 12., von Herrn Prüfer in Dresden, Metallarbeiter-gewerkschaft Thlr. 3. 5. 6., von Herrn Fr. Stöller in Schw. Hall, Württemberg fl. 2. 8., von Herrn Schäfer und der Schuhmacher-gewerkschaft in Offenbach fl. 4. 40., durch Herrn Seemann von der Holz- und Metallarbeiter-gewerkschaft und Herrn Ried fl. 7. 15., durch Herrn G. Welterlein in Augsburg Thlr. 1. 7. 8., von Herrn Pfeifer, gesammelt in der Arbeiter-versammlung in Wien Thlr. 1. 2., von Herrn Töller, Schuhmacher-gewerkschaft Dresden Thlr. 4. 8., von Herrn Schneider in Berlin, Metallarbeiter-gewerkschaft Thlr. 5., von Herrn Helfmann in Eßlingen, Holzarbeiter-gewerkschaft fl. 1. 45., von Herrn Rebel in Breslau, Holzarbeiter-gewerkschaft Thlr. 5., durch Herrn Ludwig, Metallarbeiter-gewerkschaft Leipzig Thlr. 2. 15. Etwaige Irrthümer wollen die Einsender berichtigen. Auch möchte ich ersuchen, auf den Coupons den Ort und Namen, sowie die eingesandte Summe genau vermerken zu wollen.

Louis Förder, Kassirer, Wendenstr. 45.  
Abrechnung über die Gelder, die zur Unterstützung der hiesigen Schuhmacherstrikes vom 4. Mai bis 11. Juni hier eingegangen sind. Verschiedene Umstände verhinderten den Unterzeichneten, die Abrechnung früher zu liefern.

Einnahme: Von den Collegen der Innungs-Krankenkasse Thlr. 17. 20. 6., den 4. Mai eine Teller-sammlung Thlr. 8. 19., aus der hiesigen Vereinskasse Thlr. 24., aus der Hauptkasse in Berlin (2 Katen) Thlr. 50., von Maurern, gesammelt auf die Liste Nr. 3 Thlr. 2. 22., aus Einbehr Thlr. 1., aus Celle Thlr. 6. 5., durch Baren-scheer auf Liste Nr. 10 gesammelt Thlr. 2. 3., aus Elze durch Kohlmeier Thlr. 8., aus Hildesheim Thlr. 5., aus Bremen Thlr. 8. 15., aus Frankfurt a. M. Thlr. 20., aus Hameln Thlr. 7., aus Regensburg durch Tübler Thlr. 3. 12. 10., aus Jena durch Jochimsen (2 Katen) Thlr. 4. 18. 6., aus Verdenburg durch Friedrich Thlr. 4., aus Lüneburg d. Kuhlmann Thlr. 9., aus Salzburg durch Jund Thlr. 10., aus Oera durch Jahn Thlr. 3., von den hiesigen Schneidern durch Bahlmann Thlr. 23. 24. 6., aus Osnabrück durch Pohlmann Thlr. 16. 15., von der Holzarbeiter-Gewerkschaft Thlr. 5. 19., von den Herren K. u. R. Thlr. — 10., aus München durch Ep Thlr. 5., von den Delegirten der General-versammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gesammelt Thlr. 13. 21., von Herrn Wertgeol aus Düsseldorf Thlr. 1., aus der Maschinen-schmiede in Linden auf Liste Nr. 4 Thlr. 3. 5., von Herrn K. R. Thlr. — 5., die Projekte von den Arbeits-gesellen Thlr. 73. 8. Summa Thlr. 332. 13. 4.

Ausgabe: Annoncen im Tageblatt Thlr. 8. 28. 6., Schreibmaterial Thlr. 1. — 9., Bringer-geld für Brief-träger Thlr. — 15. 6., Plakate und sonstige Druck-sachen Thlr. 35. 27. 6., Porto Thlr. 8. 17. 6., an Herrn Bahlmann für eine Sammlung Thlr. 1. 15., eine Depesche nach Bremen Thlr. — 15., für Mittagessen an Herrn Willig Thlr. 77. 19., Unterstützung an Strikende Thlr. 197. 9. 3., an Reiseunterstützung Thlr. 30. 1. 6. Summa Thlr. 361. 29. 6.

Bilanz: Einnahme Thlr. 332. 13. 4. Ausgabe Thlr. 361. 29. 6. Defizit Thlr. 29. 16. 2.

C. Bussé, Kassirer;  
H. Joachim u. H. Knoche, Revisoren.

**Briefkasten**  
der Redaktion. B. in Gotha: Proschaltensklade diesen nach dem Reichspressgesetz vor Beendigung des Verfahrens nicht veröffentlicht werden.  
der Expedition. Adl. Königberg: Die Statuten des Wahlvereins waren im „Volkstaat“ abgedruckt, die andern erhalten Sie per Kreuzbd.  
**Quittung**  
der Expedition: S. H. Wisch Biesbaden Schr. 10 gr. Schly Reviged Schr. 12 gr. 5. Du Reudorf Schr. 23 gr. Arnst Oberwärsch-nitz Schr. 4 thlr. 25. Ppp Arren Schr. 1 thlr. Rmsch Linden Abon. 7 thlr. 15. Mkr. vier Schr. 19 gr. Metallarb.-Gewerksch. Berlin Ann. 5 gr. Whlgmth Danzig Schr. 1 thlr. C. Ruch Jittau Schr. 8 thlr. 15. Sch Wien Schr. 17 gr. Rbrg Delmenhorst Ann. 5 gr. Rittm. München Schr. 12 thlr. 14. Schd Frankfurt Schr. 6 thlr. 9. Willig Hamburg Schr. 13 gr. 5. Erdm Gotha Schr. 9 thlr. 21. Dietrich Wölz Abon. 25 gr. Schmitz Stern Schr. 11 gr. Ehrd Kamlowen Schr. 29 gr. 3. Rirn Mainz Schr. 4 thlr. 11. Wtg Friedberg Schr. 2 thlr. 10. Gimm Stuttgart Schr. 6 thlr. 18. Pigm Contus Schr. 22 gr. Rtschur hier Schr. 20 gr. A. Rethld Mittweida Schr. 3 thlr. 9. 1.

**Filialexpeditionen,**  
welche uns für das erste Quartal 1875 ihren Bedarf nicht angezeigt haben, oder mit Abonnementsbeträgen noch im Rückstande sind, erhalten vom 1. Januar an keine Zusendungen mehr.  
Die Expedition des „Volkstaat“.

Anzeigen etc.  
Die rechts in [ ] angegebene Ziffer ist der Preis der betreffenden Annonce.

**Berlin.**  
Wahlverein der sozial-demokratischen Arbeiterpartei  
Donnerstag, den 31. Dezbr., (Silvester) auf „Königshöhe“  
Greifswalderstraße 8, am Königethor:

**Großes  
Allgemeines Silvester-Fest.**  
(Concert, Ball u. s. w.)  
Billets a 2 1/2 Sgr. sind zu haben bei den Colporteurs des „Volkstaat“, bei Rubenow, Brunnenstraße 34 und in den öffentlichen Versammlungen des Wahlvereins. Erhöhter Kassenspreis.  
Alle Freunde und Gesinnungsgenossen sind hierzu freundlichst eingeladen. Keiner darf bei diesem Feste fehlen. [67] Sgr.  
Viederbücher sind mitzubringen. Der Vorstand.

**Leipzig** Freitag, den 2. Feiertag:  
Arbeiterbildungsverein.  
**Weihnachtsfest in den Räumen des „Eldorado“.**  
Die Herren Lehrer und Vortragenden, sowie Mitglieder des Vereins sind zu zahlreicher Theilnahme hierdurch freundlichst eingeladen.  
Einlaß Nachmittag 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.  
Die Mitgliedskarte pro Dezember ist mitzubringen.  
Der Vorstand.  
Den 31. Dezember: Silvesterfeier im Vereinslocal.  
Am 25. Dezember Abends im Volkstheater: Besprechung. Alle Mitglieder erscheinen.

**Club der Rothen**  
Ein sozialistisches Weihnachtsmärchen!  
In unserer Verlage ist erschienen:  
**Der große Krach.**  
Ein Märchen für große und kleine Kinder.  
Von Friedrich Gottlieb Schulze.

Mit lithographirten Bildern.  
(Besteht von der durch ihre Redaction rühmlichst bekannten Lithographen-Gesellschaft in Leipzig.)  
Gebunden und auf Schreibpapier 8 Gr.  
(Dieser Preis gilt jedoch nur für Parteigenossen; der Buchhandels-Ladenpreis der Ausgabe 1, welche allein im Buchhandel haben ist, beträgt 15 Gr.) — Wiederverkäufer erhalten Rabatt!  
**Volksbuchhandlung**  
(J. Franz.)  
Hillich (Hettingen).  
NB. Obiges Buch ist durch alle Expeditionen parteigenösslicher Blätter insbesondere durch die Buchhandlung des „Volkstaat“, Leipzig, zu beziehen.

**Social-demokratische Abhandlungen.**  
Von M. Rittinghausen.  
Die bis jetzt erschienenen fünf Hefte bilden zusammen ein Buch über die direkte Gesetzgebung durch das Volk, werden aber auch einzeln verkauft. Sie sind die erste und einzige in deutscher Sprache über diesen Gegenstand erschienene Schrift.  
Erstes Heft: Die Philosophie der Geschichte. Preis 3 Sgr.  
Zweites Heft: Ueber die Nothwendigkeit der direkten Gesetzgebung durch das Volk. Pr. 2 Sgr.  
Drittes Heft: Die unhaltbaren Grundlagen des Repräsentativsystems. Pr. 2 Sgr.  
Viertes Heft: Ueber die Organisation der direkten Gesetzgebung durch das Volk. Pr. 2 Sgr.  
Fünftes Heft: Widerlegung der gegen die direkte Gesetzgebung durch das Volk gerichteten Einwürfe. Pr. 6 Sgr.  
Gegen Einzahlung von 17 Sgr. in Reichs-Postmarken an die Buchhandlung M. Rittinghausen in Köln, Grenzstraße 36, werden die Abhandlungen dem Besteller franco unter Kreuzband zugesandt. (Scw.) [47] Sgr.

Im Verlage der ersten steiermärkischen Genossenschafts-Buchdruckerei Graz, Annenstr. Nr. 17, ist soeben erschienen und durch die Buchhandlung des „Volkstaat“ zu beziehen:

**Prozeß Dr. Hippolyt Tauschinsk und 31 Genossen**  
wegen Religionsstörung und geheimen sozialdemokratischen Verbindungen. (36) 40 Sgr. 10

**Groß-Octav, 179 Seiten stark, broch. 50 kr. öst. W. = 10 Gr.**  
Der Reintext dieser Broschüre ist für die Inhabitirten bestimmt.  
Dieses für die Arbeiter sehr lehrreiche Buch enthält nebst einer Vorrede den umfangreichen Anklagebeschluß, sowie nach stenographischen Aufzeichnungen den ganzen Verlauf der neuntägigen Verhandlung, die vollständigen Reden des Staatsanwalts, der Verteidiger, die Berichtsbildungsrede des Angeklagten Dr. Tauschinski und den Urtheilspruch.  
Soeben ist erschienen die 4. Lieferung von J. Ph. Becker

**Neue Stunden der Andacht.**  
Preis pro Expl. 2 Gr. = 7 kr. südd.  
Ferner:  
**B. Becker,**  
Geschichte der Arbeiterbewegung Ferdinand Lassalle's.  
Lieferung 3.  
Preis der Lieferung 6 Gr.  
Die Buchhandlung des „Volkstaat“.

Vom Januar 1875 an erscheint:  
**„Der Arbeiter“**  
Organ für die Schuhmacher Deutschlands.  
Derselbe erscheint am 10. jeden Monats.  
Abonnementpreis pro Quartal 30 Pf. (R.-M.) Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reichs, sowie auch die Expedition, B. Bod, Gotha, Friedrichstraße 27 entgegen.  
Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert.  
Redaktion Hofstraße 4, Expedition Zeilstraße 44, in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.